

Ihr Ziel verfolgt

Vereinigung der „Bachelors scientifiques“ in den Gemeinden: Positive Bilanz nach einem Jahr

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Joël Meyers, Präsident der ALBSC, gibt sich zufrieden. Ein Jahr nach seiner Gründung, zählt der Verband der „Bachelors scientifiques“ im kommunalen Sektor („Association Luxembourgeoise des Bachelors scientifiques des Communes et des Syndicats de Communes“) heute rund 210 Mitglieder. „Das sind rund 75 Prozent derjenigen, die in dieser Laufbahn tätig sind“, sagt Meyers. Zur ersten ordentlichen Jahreshauptversammlung im März fanden immerhin 75 Mitglieder den Weg nach Hesperingen, „was mehr als einem Drittel entspricht“.

ALBSC setzt auf Austausch und Information

Die ALBSC vertritt die Interessen von Ingenieuren wie dem „Ingénieur Technicien“, dem „Ingénieur Industriel“ oder dem heutigen Bachelor, welche alle die Gemeinsamkeit von drei beziehungsweise vier Jahren Studium gemein haben. Nach der Verabschiedung der Reform im öffentlichen Dienst rechnet der Verband noch in diesem Jahr mit der Einführung der Bachelorkarriere im Gemeindefektor. Hauptziel und -zweck des Berufsverbands ist der Austausch und die Information unter den Mitgliedern. Das hängt wiederum mit den sehr unterschiedlichen Tätigkeiten zusammen. „Unser Arbeitsfeld hängt sehr stark von der Größe der Gemeinden ab“, erklärt Meyers. In kleineren Gemeinden sind es vielfältige Zuständigkeiten wie beispielsweise die Überprüfung von Baugenehmigungen oder die Planung und Überwachung von Baustellen sowie die Leitung des technischen Dienstes. Meyers arbeitet selbst in einer kleinen Gemeinde und kennt die Schwierigkeiten, insbesondere für Berufsanfänger. „Es geht auch darum, Fehler zu vermeiden, die andere schon gemacht haben“, sagt der seit März wiedergewählte Präsident. Allerdings kann es durchaus auch für Angestellte einer spezialisierten Abteilung in einer großen Gemeindeverwaltung lehrreich sein, andere Sparten kennen zu lernen. Denn in größeren Gemeinden gibt es auf verschiedene Bereiche wie Trinkwasserversorgung oder Kanalisation spezialisierte Abteilungen.

Vernetzung und Weiterbildung

Inzwischen hat die ALBSC einige Schritte unternommen, um den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen ihren landesweiten Mitgliedern zu fördern: Regelmäßige Informationsblätter zu spezifischen Themen wie der Entwicklung der Laufbahn und auch ein Online-Forum wurde eingerichtet. Auf ihrer Webseite sammeln und veröffentlichen die Verantwortlichen des ALBSC auch Stellenausschreibungen. Dass sie dabei feststellten, dass es inzwischen sehr viele offene Stellen gibt, führt Meyers darauf zurück, „dass diese Laufbahn während Jahrzehnten nicht auf eine gerechte Art und Weise entlohnt wurde“. Mit der neuen Laufbahn alleine werde sich daran nicht sehr viel ändern, da die Aufwertung am Laufbahnende eher dürrig ausfalle und nicht im gerechten Verhältnis zu den Studien stehe.

„Wir wollen auch den Kontakt zu Schulen suchen“, sagt Vizepräsident Fränk Weisgerber. Ziel sei es, für Ingenieurberufe zu werben aber auch auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die es beim Staat, in Gemeinden oder auch in Planungsbüros gibt.

Besonderes Thema ist der Sicherheitsbeauftragte

„Wir haben darüber hinaus auch den Kontakt zu Anbietern von Weiterbildungen gesucht“, erklären Meyers und Weisgerber. Oft fehle es an berufsspezifischen Angeboten oder aber die entsprechenden Informationen erreichen nicht diejenigen, die an einer Weiterbildung interessiert sind. Die ALBSC will jedes Jahr zwei Weiterbildungen anbieten. Die erste in diesem Jahr befasst sich mit den Aufgaben des Sicherheitsbeauftragten (délégué à la sécurité). Ein Thema, das der ALBSC von An-



Innerhalb eines Jahres hat sich viel bei der ALBSC getan

Foto: François Aussems

fang an wichtig war und auch in einer geplanten Unterredung mit Innenminister Dan Kersch zur Sprache gebracht werden soll. „Wir wollen dieses Thema ansprechen, weil es in der Praxis einige Probleme gibt“, sagt Meyers. Zwar gebe es ein Gesetz, das den Gemeinden vorschreibe, einen „délégué à la sécurité“ zu benennen. Allerdings sei weder festgelegt, wie viel Zeit der jeweiligen Person zur Ausübung dieser Funktion zur Verfügung steht, um ihre Arbeit zu erledigen, noch welche Entschädigung sie erhält.

Praxisbezogene Ausbildung

Darüber hinaus fordert die ALBSC allerdings auch eine praxisbezogene Ausbildung sowie Weiterbildungskurse, weil die drei Tage Einführung in die Theorie angesichts der mit dieser Aufgabe verbundenen Verantwortung nicht ausreichen. Zu den Aufgaben des Sicherheitsbeauftragten gehört, öffentliche Gebäude und Plätze wie

der Bereitschaftsdienst, dem viele Kollegen unterliegen, wie die ALBSC-Spitze erklärt. Die verantwortlichen Ingenieure müssen ständig erreichbar sein, jedoch ohne, dass es dafür eine zusätzliche Entschädigung gebe, weil das Gesetz derzeit keine spezifische Regelung vorsieht. Somit herrsche auch hier dringender Handlungsbedarf, da Theorie und Praxis sich schon jahrzehntelang nicht mehr deckten.

Musterdokument für Baugenehmigungen

Die ALBSC, die sich als Berufsvereinigung sieht, hat im Laufe des letzten Jahres auch Gespräche mit der FGFC, die Gewerkschaft des Gemeindepersonals, geführt, und ihr angeboten, Mitglied zu werden. Da der Antrag jedoch abgelehnt wurde, wird die ALBSC als Vereinigung, welche mit 210 aktiven Mitgliedern die deutliche Mehrzahl aller Ingenieure Techniciens im kommunalen Sektor vertritt, unabhängig bleiben.

Innerhalb von Arbeitsgruppen arbeitet die ALBSC auch an einer steten Verbesserung der Arbeitsmethoden. Zum Beispiel wird derzeit an einen Musterdokument für Baugenehmigungen gefeilt. Noch verwende fast jeder „Service technique“ der 105 Gemeinden landesweit sein Modell für Baugenehmigungen, erklärt Weisgerber. Das neue Instrument soll den Gemeinden vor allem Rechtssicherheit bieten, möglicherweise könne sich das Dokument später einmal als Standard durchsetzen. Rund anderthalb Jahre hat die Vereinigung für die Ausarbeitung des Dokuments angesetzt. Andere Projekte in diese Richtung sind PAP-Konventionen und die so genannten „conventions de remembrement“. „Langfristig lautet unser Ziel, den Gemeinden einen solchen Service anzubieten“, sagt Meyers.

„Langfristig lautet unser Ziel, den Gemeinden einen solchen Service anzubieten“

JOËL MEYERS, ALBSC-Präsident

Spielplätze oder Schulen zu inspizieren und mögliche Gefahrenquellen zu beheben.

Hier ergibt sich allerdings noch ein weiteres Problem: Stellt der Sicherheitsbeauftragte Mängel fest - das können etwa ein beschädigter Sicherungszaun oder nicht überprüfte Feuerlöscher sein -, müsste es Meyers und Weisgerber zufolge möglich sein, die entsprechenden finanziellen Mittel, insofern sie nicht vorhanden sind, schnellstmöglich freizustellen. Die starre Struktur der aktuellen Gemeindehaushalte könne nämlich einige Monate beanspruchen. Weiterer Diskussionspunkt ist

www.albsc.lu